Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.] Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt". [Telephon Nr. 419.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 130. Dienstag, den 7. Juni 1898. 5. Jahrgang.

Parteigenossen!

Agitire in den wenigen Tagen bis zur Wahl ein Jeder nach Kräften für den Kandidaten der **Sozialdemokratie**. Jeder Parteigenosse bringe uns bis dahin einen neuen Anhänger, das sei Eure Parole! Nur durch unausgesetzte, rastlose Arbeit jedes Einzelnen können wir das Ziel erreichen, welches heißt:

Sieg im ersten Wahlgange!

Am Ende des Lateins.

Lübeck, den 5. Juni 1898.

A. K. Tagelang haben die nationalliberalen Federhelden die Sozialdemokratie in aufdringlichster Weise angerempelt, haben eine Ungezogenheit nach der andern begangen, haben Verdrehungen auf Verdrehungen, Lügen auf Lügen gehäuft und Worte mit seligem Behagen in Anwendung gebracht, die ein Politiker, der auch im Gegner den überzeugten Menschen achtet, nicht zu gebrauchen pflegt. Wir haben anfangs auf diese Insulten angesichts der geringen Bedeutung ihrer Urheber wenig Gewicht gelegt; als letztere es aber gar zu arg trieben, da haben wir den Bübchen die Hosen einmal stramm gezogen und ihnen eine wohlverdiente Lektion ertheilt, nicht um ihretwillen, sondern weil die Partei, welcher sie dienen, es versäumte, diese höchst nothwendige Züchtigung selbst vorzunehmen.

Es ist bezeichnend für die in maßgebenden nationalliberalen Kreisen vorhandene Urtheilsfähigkeit, daß man noch nicht die Zweifel bestätigte, welche s. Zt. der böse „Volksbote" in die Leistungsfähigkeit der adreßhäuslichen Wahlakademiker setzte. Vermuthlich kommen sie nach den letzten Eulenspiegelstreichen ihrer Sprachrohre zur Einsicht.

Mit ungetrübter Sachunkenntniß und bewundernswerther Naivetät zogen jene Herren gegen uns zu Felde. Kritiklos ward jede Schweinburgerei abgedruckt, jeder scharfpointirten Widerlegung trat man mit neuen Fabrikwaaren entgegen. Jetzt endlich langt es nicht mehr, selbst die sogenannte nationalliberale „Sachlichkeit" geht in die Brüche, und wie wir es in der Massenversammlung im Reuterkrug voraussagten, stürzt man sich auf das Persönliche. Wir sagten es ja gleich: sie kennen sich selbst nicht so gut, wie wir.

Unsere letzte, zwar scharf kritisirende, aber durchaus sachliche Erwiderung auf die Verhimmelungsartikel für Herrn Gebhard, hat die Herren offenbar ganz aus dem Häuschen gebracht. Statt mit Thatsachen zu widerlegen, was wir behauptet, statt nachzuweisen, daß wir uns geirrt, greifen sie zum — Kladderadatsch. Nach dem Grundsatze der verfolgten Spitzbuben rufen sie „Haltet den Dieb!" und werfen uns vor, daß wir mit Schimpfwörtern um uns geworfen hätten. Spüren sie denn garnicht, wie lächerlich sie sich machen mit solchen Bocksprüngen? Wollten wir in denselben Ton verfallen, wir wüßten schon ihnen den Stoßseufzer in den Mund legen: „August, laß los, Du verdirbst ja bloß unsr'e ganze Garnitur! Die „im Wahlkampf üblichen gegenseitigen Verunglimpfungen" sollen wir — so wird der spottende Kladderadatsch zitirt — im Stereotypsatz bezogen haben. Da müßten wir ja, was uns ewig leid thun sollte, das Amtsblatt imitirt haben. Wir haben unsere Setzerkästen revidirt, aber nichts gefunden, wohl aber entdeckten wir, daß in denselben mehr Intelligenz steckt, als in den Verstandskästen der „Lüb. Anz." — Was übrigens das große Publikum jedenfalls schon längst gewußt haben wird!

Auch das muß gewissen Leuten nachgerade eingeleuchtet haben, daß sie weit über das Ziel schossen, als sie geflissentlich aus dem Beamten Gebhard einen Philanthropen Gebhard modeln wollten. Freilich machen sie ja immer noch mit diesen Dingen Reklame. Den Lesern wird sowohl Konterfei wie Biographie des nationalliberalen Kandidaten vorgesetzt, auch Oberberg, das aus allgemeinen Mitteln erbaute, wird im Bilde präsentirt. Die Wahlkampfsgepflogenheiten werden eben amerikanisirt. Aber dennoch scheinen an gewisser Stelle Bedenken aufgetaucht zu sein, denn der Reichsverein hat sich entschlossen, am Donnerstag im Reuterkrug abermals eine Versammlung stattfinden zu lassen, in welcher speziell die Arbeiter-Versicherungsgesetzgebung behandelt werden soll. Angeblich soll auch freie Aussprache stattfinden. Trau, schau, wem?

Vielleicht gelangt man doch noch zu der Ueberzeugung, daß es unpassend, ungeschickt und unehrlich war, aus der Pflicht des Herrn Gebhard ein Verdienst zu machen. Die Einsicht würde zwar spät, aber doch wohl noch rechtzeitig kommen. —

Der ganze Jammer der nationalliberalen Partei offenbart sich in diesem Wahlkampfe auch in Lübeck. Die **Sünden der Vergangenheit** lasten zu schwer.

Was sie an uns verbrochen, steht fest im großen Buch —
Mißtrauen und Verachtung ist der Verräther Fluch!

Der Fluch der Vergangenheit wird auch die Schale des Herrn Gebhard in die Höhe schnellen und eine andere tief senken.

Gewogen und zu leicht befunden!

Die Wahlparole der deutschen Eisenbahner.

Der „Weckruf" der Eisenbahner, das Organ des Verbandes der Eisenbahner Deutschlands, schreibt: Der Wahlkampf, in dem wir uns jetzt befinden, wird von Tag zu Tag heftiger. Der 16. Juni soll die Entscheidung über die Zusammensetzung des kommenden Reichstages bringen. Jeder Eisenbahner hat ein großes Interesse daran. Es gilt die heiligsten Güter der Nation zu vertheidigen gegen den Ansturm der reaktionären Finsterlinge, der Junker und Junkerknechte! In der That stehen die wenigen Volksfreiheiten, die wir noch haben, auf dem Spiel! Die Volksfeinde und Ausbeuter im Bunde mit allen bekannten reaktionären Gewalten haben es abgesehen auf die Beseitigung des allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrechts, auf die Beseitigung der Preßfreiheit, auf die Beseitigung des Vereins- und Versammlungsrechts. Die Reaktionäre aller Schattierungen, von den Junkern und Pfaffen bis zu den verwaschenen Liberalen einschließlich der in allen Farben schillernden Antisemiten arbeiten an der Knechtung und Entrechtung der großen Volksmassen.

Die Ausraubung und Ausplünderung der Arbeiter und des niederen Beamtenstandes soll für die Folge ungehindert vor sich gehen. Man will dem Ausgebeuteten schwere Ketten anlegen, auf daß er raubthierartigen Ausbeutern wehrlos gegenüberstehe. Man will den Arbeitern und unteren Beamten die Organisationen zerstören, um sie so leichter in das Sklavenjoch zwingen zu können. Kurzum, die Ausbeuterbestie in jeglicher Gestalt will Ruhe beim Raubfraß haben. Zum 16. Juni bedenkt Ihr Eisenbahner: Nur die allergrößten Kälber wählen ihren Metzger selber.

Darum wählt nur solche Volksvertreter, die sich verpflichten und durch ihre politische Vergangenheit und persönlichen Charaktereigenschaften die Gewähr dafür bieten, daß sie eintreten:

Gegen jede Wahlrechtsverkümmerung und für Verkürzung der Legislaturperioden, die eintreten für Gewährung des uneingeschränkten Vereins- und Versammlungsrechtes, die insbesondere auch den in staatlichen Betrieben beschäftigten Arbeitern und Beamten volle Bewegungsfreiheit garantiren.

Das sind unsere Grundforderungen.

Für alle weiteren Allgemeininteressen wissen wir alsdann schon selbst in Gemeinschaft mit dem Volksganzen einzutreten, als da in Betracht kommt die Stellungnahme für Ausbau der Sozialreform, Beseitigung aller drückenden Steuern und unsinnigen Militär- und Flottenpläne, die Stellungnahme für Arbeiterschutz und gegen Arbeitertrutz. Zur umfassenden Wahrung aller ihrer Interessen bedarf die Arbeiterschaft eines modernen Staates der freiesten Koalitions- und Wahlfreiheit und sie muß sich auf jeden Fall diese Rechte zu behaupten und zu erkämpfen wissen, ansonsten ihr Ruin und Verfall mit tödtlicher Sicherheit zu erwarten steht.

Darum, deutsche Eisenbahner, sei Eure Wahlparole:

Nieder mit den Junkern, Junkerknechten und allen Henkern der Volksrechte! Hoch die volle Wahl- und Koalitionsfreiheit!

Wählt nur Männer des Volkes!

Der spanisch-amerikanische Krieg.

Endlich scheint einmal in Wirklichkeit ein Gefecht zwischen den beiden kriegführenden Parteien stattgefunden zu haben; nach den bis jetzt vorliegenden Nachrichten mit einem für die Amerikaner wenig glücklichen Ausgang. Die Meldung aus Port au Prince darüber lautet: Die amerikanische Flotte eröffnete Freitag früh 3 Uhr das Feuer auf Santiago de Cuba. Die Kanonade dauerte 1½ Stunden. Der amerikanische Hülfskreuzer „Merrimac" versuchte, den Hafeneingang zu erzwingen. Die Spanier ließen ihn die erste Torpedolinie passiren und schossen einen Torpedo erst in dem Augenblick auf ihn ab, als er eine Strecke von 500 Fuß in das Innere des Hafens zurückgelegt hatte. Der Torpedo zerriß das Vordertheil des „Merrimac"; derselbe sank fast sofort, und nur der Schlot und die Mastspitzen ragen über Wasser. In Santiago herrscht die größte Begeisterung. — Die Amerikaner, welche selbstverständlich von diesem Ausgange wenig erbaut sind, suchen ihrer Niederlage natürlich so wenig als möglich Bedeutung beizumessen. So wird gesagt, der „Merrimac" war ein großes Kohlenschiff, welches ausdrücklich zu dem Zweck in den Hafen von Santiago eingelaufen war, den Eingang zum Hafen zu versperren. Kein Menschenverlust ist entstanden, so lautet der Schlußsatz der amerikanischen Meldungen, der schon die Wahrheit der ganzen Nachricht characterisirt. Die Spanier behaupten, sie haben sieben Mann gefangen genommen, der Rest der Mannschaft ist ertrunken. Ein Telegramm der „World" aus Washington meldet, die regulären Truppen, die für die Einschließung von Santiago bestimmt sind, befinden sich bereits nach Kist West unterwegs. In letzterem Orte würden sie die Kriegsschiffe, welche den Truppentransport begleiten sollen, antreffen. — Ein spanisches Geschwader hat Cadix mit versiegelten Ordres verlassen. — In der spanischen Deputirtenkammer erklärte der Kriegsminister, eine Expedition nach den Philippinen sei vorbereitet. Auf eine zweite Anfrage antwortete der Kolonialminister, er glaube, die von einem Blatte dem spanischen Botschafter in London zugeschriebene Erklärung, er hoffe, daß der Friede nahe bevorstehe, sei unrichtig. Der Minister fügte hinzu, die Regierung sei entschlossen, vollständige Reserve zu beobachten.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Als Termin für die Stichwahlen hat in Baden das Ministerium den 24. Juni festgesetzt mit der Bestimmung, daß etwaige Nachwahlen spätestens am elften Tag nach dem Tage, an welchem die Nothwendigkeit der Nachwahl sich ergiebt, stattfinden müssen. In Mecklenburg ist nach der „Deutschen Tagesztg." als Tag für die Stichwahlen der 25. Juni festgesetzt worden.

Wählt Johann Carl Theodor Schwartz!

Ein richtiger Wahlminister für Preußen und das ganze Reich ist diesmal nicht etwa der Minister des Innern, sondern Herr v. Miquel. In seinen Vorzimmern laufen, wie man der „Frf. Ztg." zuverlässig mittheilt, die Fäden aus dem Lager der Sammelpolitiker von überallher zusammen. Miquel war nicht unbedenklich erkrankt, aber sogleich nach der entscheidenden Wendung zum Besseren litt es ihn nicht mehr auf seinem Krankenlager. Nicht sonstige dringliche Amtsgeschäfte, sondern Wahlgeschäfte drängten ihn wieder zur Aufnahme der Arbeit. Miquel empfängt u. A. direkte Berichte von den Landräthen und sonstigen Wahlmachern. Er soll sehr guter Hoffnung sein für seine Zukunftspläne, insbesondere für die Reichsfinanzreform einen besseren Reichstag, als den bisherigen zu erhalten. Wenn sich Miquel bei dieser Hoffnung nur nicht in die Finger schneidet.

In 396 Wahlkreisen hat die Sozialdemokratie Reichstags-Kandidaturen aufgestellt, während keine einzige andere Partei fähig ist, auch nur in der Mehrzahl der 397 Kreise, in die das Deutsche Reich zum Zweck der Reichstagswahl eingetheilt ist, selbstständig an der Wahl theilzunehmen. Dies vermag allein die Partei des organisirten Proletariats, die mit dem innersten Empfinden der Nation auf das engste verbunden ist. Alle anderen Parteien dienen nur den Interessen mehr oder weniger eng begrenzter Bevölkerungskreise, sie alle gebrauchen das deutsche Volk nur als Stimmvieh für ihre Sonderzwecke, keiner ist das Wohl der ganzen Nation Selbstzweck. National im wirklichen Sinne ist nur die Sozialdemokratie.

Ueber die Wahlaussichten der Sozialdemokratie zerbrechen sich die Gegner weit mehr den Kopf, als wir selber. So läßt sich der „Hamm Courier" diesbezüglich schreiben:

„Die Leiter der sozialdemokratischen Partei sind der Ansicht, daß sie von den Stichwahlen wenig zu erwarten haben, und deshalb soll die ganze Kraft auf die Agitation für die Hauptwahlen bereits verwandt werden; die betreffenden Wahlmacher glauben, daß es ihnen möglich sein wird, fast alle Mann am Tage der Hauptwahl zur Wahlurne zu bringen. Die Flugblattvertheilung der „Genossen" während der Pfingstfeiertage war ganz enorm; in den entlegensten Dörfern erschienen sozialdemokratische Pamphlete. Außerordentlich zuversichtlich sind jetzt hinsichtlich des Ausganges des Wahlkampfes die Führer der Partei, meistens soll es ihnen, wie sie behaupten, gelungen sein, die Frauen für ihre Sache zu erwärmen, andererseits soll ihnen die Lässigkeit der bürgerlichen Parteien bis jetzt sehr zu statten gekommen sein. Die Partei rechnet auf 50 Sitze im ersten Wahlgange und auf 10 in den Stichwahlen; sie glauben ganz sicher zu erobern Stuttgart, Lennep, Mannheim, Mainz, Erfurt, Kassel, Rostock, Dresden-Altstadt, Dresden-Neustadt, vielleicht auch Leipzig, Schwerin, Fürth-Erlangen."

Merkwürdig, daß die Gegner über die seitens unserer „Leiter" gehegten Hoffnungen so genau orientirt zu sein sich stellen. Das Ganze ist nichts weiter als Kombination irgend eines Zeilenschinders, der die bürgerlichen Parteien glaubt aufrütteln zu können, indem er ihnen mit den sozialdemokratischen Aussichten Angst macht. Daß es auch dabei nicht ohne Schimpferei über das Verschleiern des wahren Programms seitens der Sozialdemokratie abgeht, ist selbstverständlich.

„Onkel Chlodwig" will demissioniren. Der Pariser „Figaro" will wissen, daß der gegenwärtig zur Regelung der Erbschaft seiner verstorbenen Gattin mit seiner Tochter Elisabeth in Paris weilende deutsche Reichskanzler mehreren Freunden erklärt habe, er werde, nach Berlin zurückgekehrt, demissioniren; er sei sehr überarbeitet und leide außerdem an zunehmender Taubheit, die ihn verhindere, den Parlamentsdebatten zu folgen. — Das deutsche Volk wird ihm darob keine Thräne nachweinen.

Ein Brodmonopol wünscht das Organ des Zuchthäuslers Hammerstein, die „Kreuzztg.", weil die deutschen Bäcker einen jährlichen „Reinprofit" von 352 Millionen Mark hätten. In Folge der großen Schwierigkeiten, die mit der Durchführung eines solchen verbunden wären, wagt jedoch das Hammersteinblatt nicht, energisch dafür einzutreten. Uns dünkt: wer es wagt, mit dem Antrag Kanitz an die Oeffentlichkeit zu treten, braucht auch vor dem Brodmonopol nicht zurückzuschrecken.

Von agrarischer Begehrlichkeit. Von einer Anzahl von Landwirthschaftskammern war vor Kurzem dreist und gottesfürchtig der unglaubliche Antrag beim Kriegsministerium gestellt worden, an die Proviantämter die Anweisung ergehen zu lassen, Getreide fernerhin nicht mehr auf Grund von Marktpreisen, sondern auf Grund der an der Centralnotirungsstelle der preußischen Landwirthschaftskammern in Berlin „ermittelten", d. h. willkürlichen Preise einzukaufen. Daraufhin ist nunmehr nach den „Berl. Neuest. Nachr." der Bescheid des Kriegsministers eingetroffen, nach welchem diesem Antrage nicht entsprochen werden kann. Obgleich diese Ablehnung selbstverständlich ist, werden die Agrarier natürlich Zeter und Mordio darüber schreien, als sei ihnen das bitterste Unrecht geschehen.

„Bauerngroschen". „Vater" Plötz bezieht, wie die „Voss. Ztg." erfährt, als Präsident des Bundes der Landwirthe jährlich eine „Entschädigung" von 6000 Mk. In Berlin ist ihm eine fürstlich eingerichtete Wohnung im Bundeshause, Dessauerstr. 7, zur freien Verfügung gestellt und außerdem bezieht Herr v. Plötz bei Reisen in Bundesangelegenheiten neben dem Ersatz der Reisekosten täglich 20 Mk. Da braucht er wahrlich keine „Noth zu leiden".

Der evangelisch-soziale Kongreß, über dessen Zusammentreten wir berichteten, hat auf den Vortrag des Professors Stiede-Leipzig über Arbeiterorganisationen mit folgender Resolution geantwortet:

„Der evangelisch-soziale Kongreß dankt dem Herrn Referenten (Prof. Stiede. Red. d. L. V.) für seine Ausführungen und erblickt in seinen Thesen den präzisen und erweiterten Ausdruck der bereits von früheren Kongressen betonten Ueberzeugung, daß das berechtigte Streben der Arbeiter nach sozialer Hebung eine Sicherung ihrer Interessen durch gesetzlich anerkannte Gewerkschaftsvereine, sowie eine Beseitigung der Rechtsunsicherheit aller Vereine mit idealen Zwecken erfordert. — Der Kongreß erblickt in derartigen Arbeiterorganisationen zwar kein soziales Allheilmittel und verkennt auch die Bedeutung der dagegen geltend gemachten wirthschaftlichen Bedenken nicht, hält sie aber doch für erstrebenswerth, weil er von ihnen eine erziehliche, das sittliche Gemeinschaftsleben und den freien Staatssinn der Arbeiterschaft fördernde Einwirkung erwartet."

Die Resolution ist recht pflaumenweich!

Vom Bernstein-Monopol. Wie versichert wird, soll die preußische Regierung nunmehr entschlossen sein, die Gewinnung und den Vertrieb des Bernsteins in eigene Regie zu übernehmen, falls sie, wie zu erwarten steht, mit dem Geh. Kommerzienrath Becker zu einer Einigung gelangt. Es handelt sich hierbei um die Erwerbung eines Terrains von 6000 Morgen. Dazu treten noch die gesammten anderen Unternehmungen, die vorhandenen Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen, Fabriken, Arbeiterhäuser 2c. sowie das große Lager an Bernstein. Die Beckersche Anlage ist das größte industrielle Unternehmen Ostpreußens und beschäftigt weit über 1000 Arbeiter und sonstige Angestellte. Der Kaufpreis würde mehrere Millionen Mark betragen.

Der deutsche Journalisten- und Schriftstellertag, der dieser Tage in Wien zusammen war, hat folgende Resolution gegen die rechtliche Unsicherheit der deutschen Presse einstimmig angenommen:

„Der Delegirtentag anerkennt, es sei in Wahrung seiner Berufs- und Standesinteressen und in Vertheidigung der verfassungsmäßig gewährleisteten Gleichberechtigung aller Staatsbürger, sowie des Rechtes der freien Meinungsäußerung mit allen gesetzlichen Mitteln in ruhiger Ausdauer der Kampf gegen die Weiterentwickelung einer Rechtsprechung, die nach und nach auf Grund unklarer und dehnbarer gesetzlicher Bestimmungen gegen die deutsche Presse eine vielgestaltige Ausnahmegesetzgebung schafft, wie eine solche anderen Berufskreisen und Staatsbürgern gegenüber nicht besteht und nicht angestrebt wird, fortzusetzen."

Dahms (Berliner Presse) empfahl, gegen diese Ausnahmegesetze eine Petition an den deutschen Reichstag zu richten. So wurde beschlossen.

Die internationale Zuckerkonferenz tritt am Dienstag — 7. Juni — im Ministerium des Aeußern zu Brüssel zusammen. Die Berathungen werden vollständig geheim sein. Eine Macht, welche sich nicht angeschlossen und verlangt hatte, offiziöse Delegirte absenden zu dürfen, sah sich mit ihrer Forderung abgewiesen. Alle Mächte, mit Ausnahme Spaniens, haben Delegirte ernannt. Die internationale Konferenz zur Abschaffung der Zuckerprämien, welche vor zehn Jahren in London tagte, verlief resultatlos. Daß die Brüsseler Konferenz bessere Resultate erzielen wird, ist leider noch keineswegs sicher, obwohl nicht zu verkennen ist, daß die Aussichten auf endliche Beseitigung der Prämienwirthschaft heute etwas besser stehen als vor zehn Jahren. Nach dem Zustandekommen des Paasche'schen Zuckersteuergesetzes von 1896, welches die Ausfuhrprämien für Zucker verdoppelte, gingen, wie vorauszusehen war, auch die übrigen Zucker produzirenden Staaten mit der Erhöhung der Prämiensätze vor, und die Folge davon ist ein Zustand, der für die Staatskassen, für die Produzenten und für die Konsumenten gleichermaßen unerträglich ist, an dessen Beseitigung aber die Regierungen und die Produzenten das lebhafteste Interesse haben. Dieses Interesse wird vielleicht ausschlaggebend sein.

Wir geben hier eine Darstellung der Sachlage aus den Berliner „Neuesten Nachrichten" wieder, die zwar nur das wiederholt, was wir unsererseits zu betonen nicht müde geworden sind, die aber darum von besonderem Interesse ist, weil die „N. N." bei der Berathung der Zuckersteuernovelle mit vollen Backen in das Paasche'sche Prämienhorn geblasen und sich von der Wirkung des Gesetzes goldene Berge mindestens für die Zuckerbarone versprochen haben. Das Blatt schreibt:

„Die Einnahme des Reichsfiskus aus der Rübensteuer, welche in den besten Jahren über 70 Millionen Mark betragen hatte, wurde immer mehr durch die Exportprämien absorbirt; schließlich stand man auf dem Punkte, daß dem Staatssäckel nicht nur nichts von der Steuer blieb, sondern er den Zuckerexporteuren noch hätte draufzahlen müssen. Gleichzeitig hatten andere Staaten, namentlich Frankreich, in der Gewährung von Exportprämien Deutschland weit übertrumpft. Es entstand eine Ueberproduktion, Zucker- und Rübenpreise fielen stark. Dabei herrschte der von Grund aus anormale Zustand, **daß in den Zucker produzirenden Ländern die Konsumenten den Zucker viel theurer zahlen müssen,** als in den Ländern ohne oder mit geringer Zuckerindustrie, wie England, Vereinigte Staaten 2c., wohin unsere Exporteure vermöge der Exportprämien billiger verkaufen können als im Inlande. In England ist der Zucker halb so billig als bei uns und um ⅔ billiger als in Frankreich."

Daß während zweier Jahre die deutschen Konsumenten die Kosten der Paasche'schen Zuckersteuer haben tragen müssen, das mögen sich namentlich die Wähler in dem Rostocker Wahlkreise merken, denen Herr Paasche von dem reaktionären konservativ-nationalliberalen Mischmasch als ihr Vertreter im Deutschen Reichstage aufgeschmatzt werden soll. Hoffentlich quittiren sie dem Herrn am 16. Juni dafür, daß er ihnen das Leben so hübsch versüßt hat.

Im Interesse der Zuckerkonsumenten wollen wir einstweilen hoffen, bemerkt die „B. B.", daß die Brüsseler Konferenz endlich zur Beseitigung der unerträglichen internationalen Prämientreiberei führen möge, um so mehr, als unsere Zuckeragrarier für den Fall, daß auch diese Konferenz resultatlos verlaufen sollte, schon wieder einige Mittelchen in Petto haben, die ihnen aus der Patsche helfen sollen, in die sie ihr Freund Paasche hineingeritten hat.

Da sind vor allem die Versuche zur Bildung von Zuckerkartellen, vermittels deren man eine künstliche Steigerung der Zuckerprämie für den inländischen Verbrauch erzwingen will. Bisher ist zwar diese Ringb dung noch nicht zu Stande gekommen in Folge divergirenden Interessen der Zuckerraffinerien und Rohzuckerfabrikanten. Aber die Zuckeragrarier s zähe, wenn es gilt, ihren Vortheil wahrzunehm Wenn sie sehen, daß sie sich anders nicht helfen könn so werden sie die Zuckerringe schon zu Stande bringe darauf mögen sich die Konsumenten, welche die Kost tragen müssen, verlassen. Wohin die Krise eventuell geh könnte, das zeigt auch der Vorschlag zur Verabreichu von großen Zuckerrationen an das Militä welcher im letzten Winter im Reichstage gemacht wurd der Zuckerkonsum, so führten die Zucker-Interessenten a wird dadurch erhöht, und die Gesundheit und die Musk kraft des Soldaten gestärkt, so fahren also nicht blos Zuckerproduzenten gut, sondern auch die Soldaten, w übrigens, soweit die Soldaten in Frage kommen, erst n bewiesen werden müßte. Gute Fleischnahrung ist ihn jedenfalls nützlicher. Das Volk aber trägt d Kosten, das ist das A und das O der zuckeragrarisch Politik, und da die Zuckerbarone unter den Sammbrüdern die erste Geige spielen, so liegt die dringen Gefahr vor, daß ihre Zuckerpolitik am Leibe der Steuzahler noch weiterhin praktisch erprobt werden könnte.

Den Wählern ist darum dringend zu rathen, ni erst auf die Ergebnisse der Brüsseler Konferenz zu warte sondern schon am 16. Juni durch die Wahl volksfreun licher Abgeordneter gegen die Bestrebungen der Zucke agrarier sich zu sichern.

Die Hakatisten lösen ihre Geschäftsstelle in Pose zum 1. Oktober auf. Nach dem „Berl. Tagebl." soll d ganze Vereinsthätigkeit, die in der Provinz Posen z Verschärfung der Gegensätze erheblich b getragen hat, bedeutend eingeschränkt und von Berlin a betrieben werden. Auch die anderen provinziell Geschäftsstellen werden aufgehoben.

Ueber die ethisch-religiösen Vorstellungen der Industriearbeiter sprach auf dem evangelisch-sozialen Kongre der Pfarrer Rade aus Frankfurt a. M. Herr Ra ist mit Recht der Meinung, daß die ethischen und religiös Vorstellungen der Arbeiterschaft in den höheren Kreise speziell auch bei den Geistlichen, durchaus nicht genügen bekannt sind. Wenn man die dem Christenthum en fremdete Arbeiterschaft wieder mit den Heilslehren d Evangeliums beglücken will, ein Ziel, das nach Her Rade und allen Mitgliedern des Kongresses aufs innig zu wünschen ist, so muß man an ihre eigene Wel anschauung anknüpfen. Um diese genauer kennen lernen, hat Herr Rade Fragebogen vertheilt, auf dene er von einer Anzahl Arbeiter der verschiedensten Beru sehr freimüthige Antworten über die Kirche und die Geis lichkeit, über den Werth der kirchlichen Handlungen, üb Gott und Schöpfung 2c. erhalten hat. Die Antworte von denen Herr Rade einen Theil vortrug und die vollständig im Protokoll des Kongresses veröffentlich wird, bilden jedenfalls ein interessantes Material z Beurtheilung der Weltanschauung der Industriearbeite Die außerordentlich große und tiefgehende Gleich gültigkeit, die die Arbeiter allen kirchliche Fragen entgegenbringen, kam in den von Herr Rade vorgetragenen Antworten nicht klar zum Aus druck, vielleicht, weil der größte Theil der kirchlich I differenten es vorgezogen hat, überhaupt nicht zu an worten. Wenigstens theilte Herr Rade nicht mit, wievi Prozent der ausgegebenen Fragebogen an ihn zurückgelang sind. Die verlesenen Aussprüche aus Arbeiterkreise zeigten ein tiefes Mißtrauen gegen die Geistlichkeit, dere Leben mit ihren Worten nicht im Einklang stehe, sow eine von der modernen Naturwissenschaft durchdrunge Weltanschauung, die in einem klaren und bewußten Geger satz zur biblischen Schöpfungsgeschichte getreten ist un es als lügnerische Heuchelei empfindet, daß man diese ihren Kindern als unbedingte Wahrheit lehrt. Die Perso Christi erfreut sich als die eines radikalen Volksmannes der heute sicher auf Seite der Sozialdemokratie stehe und sich nicht zum wenigsten auch gegen die Geistlichke der Staatskirche richten würde, einer verhältnißmäßi großen Beliebtheit. Hierauf und auf das große Streben nac Bildung, auf die tiefe Sehnsucht nach besserem Wissen un einer harmonisch abgeschlossenen Weltanschauung, die sich i der Arbeiterschaft überall zeigt, stützt der Vortragende di Hoffnung, daß die Arbeiterschaft und das Christenthu sich wiederfinden werden. Diese Hoffnung beseelte auc sämmtliche Diskussionsredner. Wir haben kein Interes daran, sie ihnen zu rauben. Doch müssen wir die Be hauptung zurückweisen, daß Christenthum und Sozial demokratie sich ausschließen. Uns ist die Religion be kanntlich Privatsache und der christlich gesinnte Arbeite ist uns ebenso willkommen, wie der atheistische; im Gegen satz stehen wir lediglich zur Staatskirche, zur Kirche al staatlicher Einrichtung, worin wir, wenn wir nicht irren auch Herrn Rade auf unserer Seite haben. Der auf den Kongreß mehrfach betonte Gegensatz zur Sozialdemokrati verurtheilt ihn von vornherein zur Aussichtslosigkei Seine einzelnen Mitglieder mögen noch so wohlmeinen sein. Der Kongreß kann sich nur immer mehr zu einen Schwatzkonventikel ausbilden, dessen Reden bald mehr ode weniger interessant sind, ohne eine praktische Einwirkun auf unsere Verhältnisse ausüben zu können.

Eine offene Anfrage richtet die Mannheimer „Volksstimme" an das Kommando des 14. Armeekorps: Die Reservisten, die in der letzten Zeit aus de Mannheimer, Karlsruher und Rastatte Garnison wieder zu Muttern heimkehrten, brachten ein stimmig die Kunde mit heim, daß beabsichtigt sei, in de Zeit zwischen dem 10. und 20. Juni eine Probemobilisirung des gesammten 14. (badischen) Armee

korps vorzunehmen. Das Gerücht, das sich mit Hartnäckigkeit erhält, ruft unter den Reservisten und Landwehrleuten große Aufregung hervor, weil eine solche „Probemobilisirung" zu der angegebenen Zeit mindestens dreißigtausend Wähler mit einem Schlage ihres Wahlrechts berauben würde. Darum ersuchen wir zur Beruhigung der Gemüther um ein offizielles Dementi desselben, oder, falls es auf Wahrheit beruht, um Angabe der Gründe, warum diese Probemobilisirung gerade zur Wahlzeit stattfinden muß. Will man der Sozialdemokratie damit Abbruch thun? Das wäre ein eitel Beginnen! Denn abgesehen davon, daß die Einberufung Angehörige aller Parteien träfe, würde die Erbitterung über diese Verkümmerung der Staatsbürgerrechte unter allen Kreisen der Bevölkerung so groß sein, daß die Väter und Brüder der einberufenen sozialdemokratischen Wähler, wenn sie bis jetzt auch auf gegnerischer Seite standen, für ihre um ihr Wahlrecht betrogenen Angehörige einspringen, ihre Lücke ausfüllen und erst recht sozialdemokratisch wählen würden, und sei's auch nur als Protest gegen eine solch' kurzsichtige Vergewaltigung des allgemeinen Wahlrechts.

Zur Reichstagswahlfrage bezeichnet das baierisch-offiziöse Korrespondenzbureau die Nachricht, daß ein königlich baierischer Staatsminister beziehungsweise Bundesrathsbevollmächtigter beim Bundesrath einen Reichstagswahl-Gesetzentwurf vorgelegt oder Abänderungsvorschläge bezüglich des Reichstagswahlgesetzes gemacht habe, als „vollständig aus der Luft gegriffen." — Das ist wieder ein Dementi über etwas, was Niemand behauptet hatte. Es ist nicht behauptet worden, daß im Bundesrath ein Gesetzentwurf oder Abänderungsvorschlag eingebracht sei, sondern es ist von der Naumann'schen „Hilfe" behauptet worden, daß ein einflußreicher baierischer Beamter und Bundesrathsbevollmächtigter im Jahre 1893 einen fix und fertig ausgearbeiteten Wahlgesetzentwurf vorgelegt habe. Von einer Vorlage im Bundesrath ist dabei gar nicht die Rede gewesen.

Es wird angedeutet, so schreibt die „Fränkische Tagespost", daß der baierische Kultusminister von Landmann sich der Mühe jenes Wahlgesetzentwurfes unterzogen habe. „Darüber wird man ja bald Näheres erfahren: denn wenn von Landmann wirklich so etwas gemacht hat, dann wird er doch wohl auch den Muth haben, öffentlich für sein Werk einzutreten; wenn er aber unschuldig ist, so liegt es in seinem Interesse, den schlimmen Verdacht zu entkräften. Auf alle Fälle: heraus mit dem Manne, der sich zum Helfershelfer junkerlicher Reaktionsgelüste hergab — oder nachgewiesen, daß die Namentlichen geflunkert haben!"

Zu den „Wohlthaten der Arbeiterversicherung", von denen jetzt die sozialistenfeindlichen Blätter so viel Aufhebens machen, schreibt die „Frankf. Ztg.":

Die Berliner Korrespondenz beklagt sich darüber, daß die Sozialdemokratie die gewaltigen Leistungen der deutschen Arbeiterversicherung als unerheblich hinstelle. Wir sind weit davon entfernt, diese Leistungen gering zu schätzen. Die „Frankfurter Zeitung" ist für diese Gesetze schon zu einer Zeit eingetreten, als so mancher der heutigen guten Freunde der Regierung noch begeisterter Gegner jeder Zwangsversicherung war. Allein das müssen auch wir zugestehen: alles was diese Gesetze den Arbeitern bieten, ist unerheblich gegenüber wirthschaftlichen Schädigungen, wie sie die jetzt begonnene Arbeiterpolitik des Eisenbahnfiskus mit sich bringt. Der arbeiterfreundliche Offiziosus rechnet aus, daß die Arbeiter in den letzten 12 Jahren aus den drei Arbeiterversicherungen 528,7 Mill. Mark mehr erhalten als beigetragen haben. Das waren jährlich im Durchschnitt 44 Mill. Mark. Nimmt man an, daß die Hilfstruppen, die die Regierung in Gestalt ausländischer Arbeiter den schlimmsten Lohndrückern, die es im deutschen Erwerbsleben giebt, den Gutsbesitzern zu Liebe ins Land führt, den Tagelohn auch nur um 10 Pfg. drücken oder zu steigen hindern, so ist dies bei 300 Arbeitstagen und 13 Mill. Arbeitern eine jährliche Schädigung von rund 400 Mill. Mark. Was wollen dem gegenüber die „Wohlthaten" der Arbeiterversicherung heißen? Es ist nichts als die wieder aufgewärmte Bismarcksche Politik, die meint, über jede noch so arbeiterfeindliche Maßregel mit der Arbeiterversicherung allein hinwegtäuschen zu können.

Die Reichstagskandidaten der sozialdemokratischen Partei

sind:

Im 1. Oldenburgischen Wahlkreise (Eutin-Oldenburg-Birkenfeld): Buchdruckereibesitzer **Paul Hug**-Bant.

„ 9. Schleswig-Holstein. Wahlkreise (Ploen-Oldenburg): Bureau-Beamter **Paul Weinheber**-Hamburg.

„ 10. Schleswig-Holstein. Wahlkreise (Lauenburg): Bureau-Beamter **Friedrich Lesche**-Altona.

„ 1. Mecklenburg-Schwerin'schen Wahlkreise (Hagenow-Grevesmühlen): Schuhmacher **Carl Seß**-Güstrow.

„ Wahlkreise Mecklenburg-Strelitz: Buchhändler **Adolf Baker**-Neustrelitz.

Italien.

Von Mailänder Blutgericht. Mittwoch wurden vom Mailänder Militärgericht 7 Arbeiter aus Abbiategrusso abgeurtheilt. Der Ankläger beantragte 1 bis 7 Jahre, im ganzen 16 Jahre Gefängniß. Der Vertheidiger hatte leichte Arbeit; keinem konnte thätlicher Widerstand gegen die Staatsgewalt, selbst nicht durch Polizisten, nachgewiesen werden. Einer soll zum Widerstand aufgereizt haben und wurde zu 7 Jahren 6 Monaten verurtheilt, die übrigen freigesprochen. Als Milderungsgrund wurde vom Vertheidiger außer ganz triftigen Gründen auch angeführt, daß für den Tumult in Abbiategrasso schon über 50 Jahre Zuchthaus ausgetheilt wurden, die der Wichtigkeit des Tumults schon entsprächen.

Australien.

Ueber die Schaffung eines „Großaustralien" ist am Freitag durch Volksabstimmung entschieden worden. In Neusüdwales, Viktoria und Tasmanien trat das Volk an die Wahlurne, um sich über Annahme oder Ablehnung der Bundesvorlage (Commonwealth-Bill) zu entscheiden. In Südaustralien wird die Entscheidung erst diesen Sonnabend erfolgen. Von den Bestimmungen des Bundesgesetzes seien nach einer Zusammenstellung der „Voss. Ztg." nur einige bedeutsame hervorgehoben: Der australische Bund heißt „Commonwealth of Australia", seine einzelnen Glieder führen den Namen „Staaten." Die gesetzgebenden Faktoren sind die Königin und das Parlament (Senat und Abgeordnetenhaus). Das Wahlrecht — allgemein, direkt, geheim — ist für beide Kammern gleich, ebenso die Qualifikation der zu Wählenden: Alter 21 Jahre, 3 Jahre Aufenthalt in Australien und Bürgerrecht. Jahresgehalt der Senatoren und Abgeordneten 8000 Mark. Jeder Staat, ob klein oder groß, wird durch sechs Senatoren vertreten, während sich die Zahl der Unterhausmitglieder nach der Einwohnerzahl richtet (Neusüdwales 24, Viktoria 23, Südaustralien 7, Westaustralien und Tasmanien je 5 statt 2). Die ausführende Macht wird einem Ministerium von sieben Mitgliedern übertragen, die einem der beiden Häuser angehören müssen; sie bekommen durchschnittlich 51 500 Mk. jährliches Gehalt. An der Spitze des Staatenbundes steht ein von der Königin zu ernennender Generalgouverneur. Die oberste gerichtliche Gewalt liegt in den Händen eines Bundesgerichtshofes; eine Berufung an die Königin (bezw. den „Geheimen Rath" in London) ist nur in wenigen bestimmten Fällen gestattet, aber ganz ausgeschlossen, wenn es sich um Auslegung der Bundesgesetze handelt. Weitere Bestimmungen betreffen den Handel (alle Zollschranken zwischen den Kolonien fallen fort), Steuer- und Verkehrswesen, Uebernahme der Schulden, gemeinsame Vertheidigung u. s. w. Von Wichtigkeit ist die Festsetzung, daß keine Kolonialhauptstadt Bundeshauptstadt sein darf.

Lübeck und Umgegend.

6. Juni.

Achtung, Tischler! Wegen Verlängerung der Arbeitszeit haben die bei Zimmermeister Torkuhl beschäftigten Kollegen die Arbeit eingestellt. Zuzug ist streng fernzuhalten. Die Lohnkommission der Holzarbeiter.

Achtung, Bäcker! Ueber die Brodfabrik von Ewers, Kommandit-Gesellschaft, Ratzeburger Allee 106, ist wegen Entlassung von drei Kollegen die Sperre verhängt. Zuzug ist fernzuhalten.

Der Vorstand
der Zahlstelle Lübeck des „Deutschen Bäcker-Verbandes."
J. A.:
R. Hermann.

Die Stimmzettel aller im hiesigen Wahlkreis kämpfenden Parteien werden auf Grund gegenseitiger Vereinbarung aus gleichem Papier hergestellt. Es ist das eine erfreuliche allseitige Würdigung des Wahlgeheimnisses, die leider nicht überall zu finden ist.

Festgenagelt hat die „Eisenb.-Ztg." — welche übrigens der Noth, welche die Befriedigung von etzlichen Parteien macht, gehorchend, recht zahm ist — die Sozialdemokraten, weil sie am Freitag nicht unisono in das von Herrn Stengel auf das Vaterland ausgebrachte Hoch einstimmten. Nur sachte! Ein völlig unmotivirtes, provokatorisches Hoch mitzumachen, welches lediglich dazu dienen soll, den Mißerfolg ein wenig zu verschleiern, haben wir keine Ursache! Behalte man sich das doch für den Kameradschaftsbund und die Kriegervereine vor. — Es scheint, als ob die Freisinnigen krampfhaft bemüht sind, durch Ceremonien zu beweisen, daß Bismarck einst Unrecht hatte, als er sie **Reichsfeinde** benamsete!

Die Wählerversammlungen, welche Herr Gebhard auf dem Landgebiete abhält, sind so angesetzt, daß eine Diskussion größtentheils ausgeschlossen ist. Da wird das Geschäft schon floriren.

Herr Lauenstein wird am Mittwoch Abend abermals im „Concerthaus Fünfhausen" sprechen. Ihm sekundirt ein Herr Lehmann-Berlin.

Unter das eigene Fuhrwerk gerieth heute Vormittag an der Untertrave bei der Beckergrube der Fuhrmann Dorendorf. Die Räder gingen ihm über beide Beine. Ob die Verletzungen schwere sind oder nicht, konnten wir bisher nicht in Erfahrung bringen.

Schwerer Unfall. Heute gegen Mittag wurde in der unteren Johannisstraße vor dem elterlichen Hause der 1½ jährige Sohn des Fahrradhändlers Störzner von einem Flaschenbierwagen der Ratzeburger Brauerei überfahren. Das Hinterrad des Fuhrwerks ging dem Kleinen über die Hüfte, außerdem erlitt das Kind Verletzungen am Arme. Ob auch innere Verletzungen vorliegen, konnte noch nicht festgestellt werden. Den Kutscher trifft keine Schuld.

Vom Tage. Untersuchung ist eingeleitet gegen einen von hier flüchtigen Kassirer, welcher der Unterschlagung zum Nachtheil einer auswärtigen Buchhandlung in Höhe von 100 Mk. beschuldigt wird.

Patentanmeldung. Nach einer Mittheilung des Patent- und technischen Bureaus von R. Lüders in Görlitz hat Herr J. Kohler hierselbst ein Patent K. 16181 auf eine selbstthätige, seitlich auslösbare Kuppelung für Eisenbahnfahrzeuge angemeldet.

Genossenschaftsregister. Am 4. Juni 1898 ist eingetragen: auf Blatt 54 bei der Firma: „Lübecker Eis-Genossenschaft, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht": J. L. C. Paetau ist aus dem Vorstande ausgeschieden. J. Fl. Paatsch ist zum stellvertretenden Vorstands-Mitgliede ernannt.

Staats- Steuern und -Abgaben. Im Monat Mai 1898 gingen ein an Einkommensteuer 338 838,93 Mk., an Erbschaftssteuer 2 272,26 Mk., an Veräußerungsabgabe 22 326,08 Mk., an Stempelabgaben 10 142,70 Mark, an Schiffsabgaben 27 995,85 Mk., zusammen 401 575,32 Mk. Im Mai des Vorjahres gingen 2 650,53 Mark weniger ein.

Das Wahlkomitee der sozialdemokratischen Partei
hat sein
Wahlbureau
im **Vereinshaus**, Johannisstraße 50, Zimmer Nr. 3, part. rechts, eingerichtet.
Dasselbe ist an den Wochentagen von **7—10** Uhr Abends, an den Sonntagen von **11—1** Uhr Vormittags geöffnet.

Travemünde. Wählerversammlung. Sonnabend Abend fand hier im „Hotel Germania" eine öffentliche Wählerversammlung statt. Gen. Bartels-Lübeck, der als Referent erschienen war, gab zunächst einen Ueberblick über die Thätigkeit des letzten Reichstags und geißelte dann besonders das Verhalten der mit so großem Geschrei in den Wahlkampf eingetretenen Liberalen. Lebhafter Beifall folgte den Ausführungen unserer Genossen. Die ziemlich gut besuchte Versammlung nahm eine Resolution an, in welcher die Versammelten sich verpflichteten, recht kräftig für die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten Th. Schwartz einzutreten.

x **Lüdersdorf.** Bestätigtes Verbot einer Versammlung. Unsere Parteigenossen wollten hier am Orte gern eine Wählerversammlung abhalten. Da ihnen ein öffentliches Lokal nicht zur Verfügung steht, so wollten sie die Scheune eines Hauswirths als Versammlungsraum benutzen. Die Landvogtei zu Schönberg erhob jedoch Widerspruch und so sahen sich denn unsere Genossen veranlaßt, — um kein Mittel unversucht zu lassen — bei der Großherzoglich Mecklenb. Landesregierung zu Neustrelitz Beschwerde zu führen. Die Regierung hat nun, wie aus dem uns vorliegenden Bescheide ersichtlich ist, diese Beschwerde als unbegründet zurückgewiesen: „denn — so heißt es in der Antwort — nach dem Bericht der Großherzoglichen Landvogtei ist die betreffende Scheune für die Abhaltung einer öffentlichen Versammlung zu klein und nach ihrer inneren Einrichtung ungeeignet; außerdem würde die Abhaltung einer öffentlichen Versammlung in derselben mit erheblicher Feuersgefahr verbunden sein." — Ein besseres Agitationsmittel als dieses Versammlungsverbot giebt es für uns in Lüdersdorf gar nicht. Der Ausfall der Wahl am 16. Juni wird es beweisen.

Selmsdorf. Eine Wählerversammlung, welche außerordentlich stark besucht war, tagte am Sonnabend Abend bei Herrn Sterly. Unter stürmischem Beifall hielt der Reichstagskandidat unserer Partei, Genosse Baker, seine Kandidatenrede. Unser Ort wird jedenfalls, ebenso wie die umliegenden Dorfschaften, ein ganz vorzügliches Resultat liefern!

Dassow. Wählerversammlung. Freitag, den 3. Juni fand im „Kaiserhof" eine Wählerversammlung statt, in welcher sich der konservative Kandidat, Herr Rettich, seinen hiesigen Wählern vorstellte. Von Nah und Fern waren die Landbewohner zu dieser Versammlung per Wagen von den Gutsbesitzern befördert worden und der konservative Kandidat sowie der Leiter der Versammlung, ein Gutsbesitzer Namens Kähding, waren füglich über das so zahlreiche und aufmerksame Publikum erfreut: doch des Lebens ungemischte Freude ward noch keinen Sterblichen zu Theil. Die freudigen Gesichter der Herrn Rettich und Kähding lernten bald ernster aussehen, als nach dem Vortrage des Herrn Rettich Genosse Bartels aus Lübeck das Wort erhielt — freilich nur um Fragen zu stellen. Unser Genosse that es jedoch mit großem Geschick und setzte damit dem Herrn Rettich so arg zu, daß der gebildete Vorsitzende dem unbequemen Fragesteller alsbald zurief: er solle das Maul halten, sonst würde er hinausgeschmissen. Als eine zweite Mahnung zum Hinauswerfen erfolgte, gab Bartels den konservativen Herrn zur Antwort, daß er allein gehen könne; denn anscheinend könnten die Herren eher den Wein als die Wahrheit vertragen. Bei diesen Worten verließ B. den Saal und ihm folgte die übergroße Mehrzahl der Anwesenden. Nur ein kleiner Theil der bürgerlichen Zuhörer blieb ganz verblüfft zurück. Als Antwort hierauf war zu Sonntag den 5. Juni nach der berühmten Scheunendiele des Herrn Wigger hier eine Wählerversammlung unsererseits einberufen worden, welche so stark besucht war, daß die Leute oben auf den freien Querbalken sich noch Platz suchen mußten. Genosse Bartels hatte ebenfalls das Referat übernommen. Er widerlegte besonders die sämmtlichen oft recht ans Lächerliche grenzenden Behauptungen des Herrn Rettich unter großem Beifall der zum größten Theil auch in der

konservativen Versammlung gewesenen Theilnehmer. Den größten Beifall erzielte B., als er die bestehende Gesindeordnung kritisirte und die Ziele der Sozialdemokratie klarlegte, darauf hinweisend, mit welch' unsinnigen Redensarten unsere Gegner der Bevölkerung vor der Sozialdemokratie gruselig zu machen bestrebt sind. Unter brausendem Beifall und der Versicherung, nur für den Kandidaten Carl Seß-Güstrow eintreten zu wollen, wurde diese imposante Versammlung um 6½ Uhr geschlossen. Leider wird es nun nach der Wahl nicht so leicht wieder möglich sein, Versammlungen abzuhalten, wie es die Bevölkerung wünscht, da nach mecklenburgischen Gesetzen in gewöhnlichen Zeiten es nun unmöglich gemacht wird; aber das politische Leben wird rege bleiben, da die dortige Bevölkerung sich sehr mit allen Fragen beschäftigt, und wir werden auch ohne Versammlungen schon das Nöthige besorgen.

Schönberg. Vom Kleiderdiebstahl in Lübeck. Kriminalbeamte aus Lübeck waren dieser Tage hier thätig, um Recherchen nach Sachen anzustellen, die aus dem großen Kleiderdiebstahl bei dem Kaufmann Stillschweig in Lübeck herrühren. Wie man hört, soll eine Handwerkerfamilie stark kompromittirt sein.

Eutin. Durch ein großes Schadenfeuer wurde der zum Krongute Guldenstein gehörige Meierhof Rethwisch zerstört. Es wurden daselbst eingeäschert der Pferdestall, das Kuhhaus, der Schweinestall und eine Scheune, wogegen es gelang, die Meierei zu retten. Von dem Viehbestande verbrannten ein Stier, zehn Kälber und zwölf Schweine; die Kühe befanden sich zum Glück auf der Weide. Die Pferde wurden rechtzeitig in's Freie gebracht. Außerdem wurden große Mengen von Futterstoffen und Getreide vernichtet.

Hamburg. Kampf gegen Konsumvereine. Der Bürgerschafts-Ausschuß, der zur Berathung der Besteuerungsfrage für Konsumvereine eingesetzt worden war, hat den Antrag angenommen, der Senat möge eine Vorlage machen, nach welcher die Konsumvereine und ähnliche Vereinigungen zur Zahlung einer Umsatzsteuer herangezogen werden sollen. Ferner wurde beschlossen, daß der Verkauf nur innerhalb der Geschäftsräume — also Ausschluß von Lieferung in's Haus — und gegen Vorzeigung des Kontobuchs erfolgen dürfe. — Wer bisher noch nicht wußte, daß nur Spießbürger in der Hamburger Bürgerschaft sitzen, erfährt's durch diesen Antrag!

Hamburg. Eine Sinnesänderung der Landwirthschaftskammer für Schleswig-Holstein, bezüglich der Viehsperren. Man schreibt dem „Echo": Auf Veranlassung der Landwirthschaftskammer für Schleswig-Holstein fand am 2. Juni im „Zentralhotel" zu Hamburg eine längere Besprechung über die Frage der Vieh- und Fleischeinfuhr zwischen Vertretern der Landwirthschaft und den Vorständen der Schlachterinnungen statt. Man wird sich erinnern, daß die genannte Landwirthschaftskammer, als die Schlachterinnungen zum 4. Mai d. Js. eine Konferenz der deutschen Seestädte über die Frage der Viehsperren einberufen hatten, die Theilnahme an den Verhandlungen mit der Erklärung ablehnte, daß die Kammer jede Einfuhr von Vieh und Fleisch aus dem Auslande grundsätzlich als überflüssig und schädlich ansähe. Inzwischen erkannte man jedoch in landwirthschaftlichen Kreisen, daß diese schroff-ablehnenden Haltung gegenüber den Forderungen der Schlachter-Innungen wenig zweckmäßig war, weshalb man nunmehr die Innungen zu einer besonderen Besprechung einlud. Als Vertreter der Landwirthschafts-Kammer erklärte hierbei Oekonomierath Petersen (Eutin), daß die Mehrheit der Kammermitglieder keineswegs auf dem gleichen Boden mit dem Bunde der Landwirthe stehe, und daß er persönlich die Tuberkulin-Impfung an Schlachtvieh für eine zwecklose Maßregel ansehe. Ebenso halte er die Einführung von Vieh im Allgemeinen noch für nothwendig, und jedenfalls sei die Einfuhr von lebendem Vieh der Einfuhr von Fleisch vorzuziehen. Der Redner schlug deshalb vor, die Schlachter möchten sich mit einer Erschwerung der Fleischeinfuhr einverstanden erklären, woraufhin die Landwirthschaftskammer für die Wiederzulassung des lebenden Viehes eintreten werde. Die Vertreter der Innungen erwiderten hierauf, daß sie nach den bisher gemachten Erfahrungen leider darauf bestehen müßten, daß die Vieheinfuhr vorher freigegeben werde, ehe sie einer Erschwerung der Fleischeinfuhr zustimmen könnten. Im Uebrigen sei es wünschenswerth, daß die Landwirthschaftskammer ihre Vorschläge den Schlachterinnungen schriftlich unterbreite, damit die weiteren Verhandlungen in ordnungsmäßiger Form geführt werden könnten. Indem dies die Landwirthschaftsvertreter bereitwilligst zusagten, betonte Oekonomierath Petersen nochmals, daß die Landwirthschaftskammer hinsichtlich der Vieheinfuhr keineswegs mehr auf dem bedingungslos ablehnenden Standpunkte stehe, den der Vorsitzende Graf Rantzau noch kürzlich den Schlachterinnungen gegenüber eingenommen hatte.

Hamburg. Für die Schauerleute will der Verein der Stauer von 1886 in dem Hause Baumwall 11 einen Arbeitsnachweis errichten. Der Verein der Stauer hat somit dem Drängen des Arbeitgeberverbandes endlich nachgegeben.

Rostock. Genosse Redakteur Starosson ist am Freitag Nachmittag aus der Untersuchungshaft gegen Hinterlegung einer Kaution von 3000 Mk. entlassen und sogleich wieder in die Redaktion der „Meckl. Volks-Ztg." eingetreten.

Parteigenossen, gedenkt des Wahlfonds!

Briefkasten.

Zwei Streitende. Kiekindemark ist ein Pachthof in Mecklenburg-Schwerin, Amtsgericht Parchim. 96 Einwohner. — Anscheinend rührt der Name aus der Raubritterzeit her, als die adeligen Wegelagerer nach den aus der Mark Brandenburg kommenden Kaufmannsgütern ausschauten.

Viehmarkt.

Hamburg, 4 Juni.

Der Schweinehandel verlief sehr gut.

Zugeführt wurden 340 Stück. Preise: Versandschweine, schwere 54—55 Mk., leichte 57—58 Mk., Sauen 43—48 Mk. und Ferkel 55—57 Mk. pr. 100 Pfd.

Hierzu eine Beilage.

Herzlichen Dank sage ich hiermit allen Bekannten und Verwandten für die herzliche Theilnahme und Kranzspende, besonders Herrn Pastor Bernhard für die trostreichen Worte am Grabe meiner lieben Frau.

J. Vossgrag.

Gesucht ein Laufmädchen
Fischergrube 49.

Zum sofortigen Antritt wird ein
Tischler-Lehrling gesucht
bei **G. H. Busch**, Tischlermeister, Alfstraße 21.

Billig zu verkaufen
e. hübsche Teckelhündin u. 2 Wassereimer
Engelswisch 8.

Sparherd mit Bratofen u. Wasserkessel billig Fleischhauerstraße 46, 2. Etage

---

Nähmaschinen
bei der Inventur zurückgesetzt, gebe billig ab unter coulanten Bedingungen.
J. H. Reimann
Königstraße 93.

Ein gutes Logis für 1 oder 2 Mann
Gr. Vogelsang 11 b, Burgthor.

Fahrräder
gut erhalten, von Mk. 50 an, gebe unter coulanten Bedingungen ab
J. H. Reimann
Königstraße 93.

Auf Abzahlung
gegen Anzahlung nach Uebereinkunft verkaufen wir
Mobilien
Spiegel
Polsterwaaren.
Ganze Wohnungs-Einrichtungen
ebenfalls auf Theilzahlung
zu billigsten Preisen.
Bei comptanter Zahlung 4% Rabatt.
H. Prüssmann & Sohn
Inh.: **Martin Prüssmann.**
Lübeck, Marlesgrube 23.
NB. Gebrauchte Mobilien werden eventuell in Gegenrechnung gebracht.

Nur noch kurze Zeit
dauert unser
Ausverkauf
von
emaillirten Geschirren.
Vom 1. Juli verlegen wir
unsere **Detail-Verkaufsstelle** nach
Breitestraße Nr. 37
(Haus Joh. Rohde, Kürschner.)
Frankenthal & Co.
Markt Nr. 15.
!!! Petroleum-Kochmaschinen !!!

Jedem Reichstagswähler zu empfehlen ist:
„Communistisches Manifest"
Sechste autorisirte deutsche Ausgabe.
Mit Vorreden von Karl Marx und Friedrich Engels.
Preis 15 Pfennig.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.
NB. Im Hinblick auf das von Herrn Direktor **Hermann Gebhard** am letzten Sonntag herausgegebene Flugblatt ist die Lektüre des Communistischen Manifestes allen Wahrheitsliebenden nur zu empfehlen.

Achtung Zimmerer!
Verbands-Versammlung
am Dienstag den 7. Juni
Abends 8½ Uhr
im Verbandslokal.
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde.
Monats-Versammlung
am Mittwoch, den 8. Juni 1898
Abends 8½ Uhr
im Saale des Bürgervereins
Königstraße 25.
1. Bericht des Vorsitzenden über die Bundes-Versammlung in Halle.
2. Fortsetzung des Samariterkursus.
3. Mittheilungen über den am 19. Juni nach Schwartau stattfindenden Ausflug. Abfahrt 2.45 Uhr Nachm.
4. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Central-Verband der Maurer
Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch den 8. Juni
im Vereinshaus, Johannisstrasse 50.
Tages-Ordnung:
1. Wie verhalten sich die Arbeitgeber unsern streikenden Kollegen von auswärts gegenüber?
2. Verschiedenes.

Ehrenpflicht der Mitglieder ist es, pünktlich zu erscheinen.
Die örtliche Verwaltung.

St. Lorenz-Liedertafel
Ausflug
per Bahn nach Schwartau
(Hotel Germania)
mit Musik
am Sonntag den 12. Juni
Abfahrt 1,40 Uhr Nachmittags.
Rückfahrt 12,15 Uhr Abends.
Einführung gestattet.
Der Vorstand.

Speise-Halle Hansa
Mengstraße 24. (Mittagstisch v. 11½—2 U.)
Dienstag: Milchsuppe mit Gerstengrütze, Klops, Kartoffeln, Backäpfel.

Verantwortlicher Redakteur August Kasch. Verleger: Theod. Schwartz. Druck von Friedr. Meyer & Co., sämmtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 130. Dienstag, den 7. Juni 1898. 5. Jahrgang.

Wie steht es um die Sozialreform?

saz. Jetzt vor den Wahlen, wo alle Parteien um die Arbeiterstimmen buhlen, überfließt alles von Arbeiterfreundlichkeit. Und wenn die Sozialdemokratie darauf verweist, daß vielmehr die Regierung und die staatserhaltenden Parteien die Sozialreform längst überdrüssig geworden sind, nicht an die Verbesserung der Lage der arbeitenden Bevölkerung in Deutschland, sondern an die Ausbeutung des chinesischen Reiches denken, daß sie bereit sind, hunderte von Millionen für Kolonialpolitik auszugeben, und keinen Pfennig mehr haben für Sozialpolitik, daß nicht Erweiterung der Arbeiterschutzgesetze, sondern neue Unterdrückungsmaßregeln gegen die Arbeiterbewegung geplant werden, dann leugnet man das alles dreist und erklärt, es seien nur sozialdemokratische Böswilligkeiten und Hetzereien. Die Arbeiter wissen, wie es darum bestellt ist. Stets sucht man es dem Volk einzureden, daß die Sozialdemokratie übertreibt oder die Unwahrheit sagt, und stets hat es sich nachher herausgestellt, daß die Sozialdemokratie Recht hatte. Um ein neuestes Beispiel zu nehmen, so erinnere man sich doch nur an die Geschichte der Marinevorlage. Von Anfang an erklärte die Sozialdemokratie, es handele sich nicht um einzelne Panzerschiffe, sondern man gehe darauf hinaus, Weltpolitik zu treiben, und dazu brauche man große Flotten, die hunderte von Millionen kosten. Das leugnete man geraume Zeit mit aller Entschiedenheit, — was ist aber das Ergebniß? Jetzt ist Weltpolitik offizielle Losung, und der Reichstag hat soeben bis zum Jahre 1904 fast eine Millarde — 997 Millionen — für die Marine bewilligt! Wir wollen nun aber, um unsere Behauptungen über den Stillstand in der Sozialreform zu bekräftigen, uns auf ein Zeugniß berufen aus dem Lager der bürgerlichen Parteien selbst und zwar das Zeugniß nicht einer einzelnen Person, sondern einer ganzen Partei, des Zentrums. Das Zentrum gehört nicht zu den „sozialdemokratischen Wühlern". Es ist ja jetzt sogar Regierungspartei und wird von allen anderen bürgerlichen Parteien umschmeichelt. Und nun höre man, wie das offizielle Zentrumsorgan, die „Köln. Volksztg." über die Aussichten der Sozialpolitik urtheilt! Das Blatt eröffnet seine Schilderung mit einer Apotheose der bekannten kaiserlichen Botschaft von 1890 und fährt dann fort:

„Bald nach dem Jahre 1891 aber fiel das Zaudern der Reichsregierung auf, weitere Fortschritte zu machen. Immer mehr Bedenken und Schwierigkeiten wurden hervorgehoben, die einer weiteren Reform entgegenständen.

Dann kam der Versuch der Regierungen, im Reiche durch ein **Umsturzgesetz**, und als dies mißlang, im preußischen Landtage, ebenfalls vergeblich, durch Einschränkung der Vereinsfreiheit die gährende soziale Unzufriedenheit aus der Welt zu schaffen.

Jetzt ist uns, seit dem 13. Dezember 1897, durch den Vertreter des Reichskanzlers, amtlich bestätigt, daß heute und in nächster Zeit von den Regierungen eine nennenswerthe Fortführung der Sozialreform nicht zu erwarten ist.

Die Thronrede zur Eröffnung der letzten Reichstagssession erwähnte die Sozialreform schon nicht mehr. Die Männer, welche einst zur Durchführung derselben berufen wurden und erklärte Förderer des Fortschreitens der sozialen Gesetzgebung waren, v. Berlepsch, v. Rottenburg, Bödiker, haben Einer nach dem Andern ihre Stellungen niedergelegt, in denen sie nichts mehr erreichen konnten. Die Kommission für Arbeiter-Statistik wird nur selten einberufen und ihre Vorschläge finden bei der Regierung „Bedenken". Das im vorigen Jahre durch eine Kommission des Reichstages verbesserte Unfallversicherungsgesetz ist trotz des damaligen Versprechens der Regierung unter den Tisch fallen gelassen und nicht wieder eingebracht worden, weil die liberalen Unternehmer „ernste Einwendungen" dagegen erhoben hatten.

Gegenüber der Forderung nach weiterem staatlichem Schutze der Arbeiter erklärte der neue Staatssekretär des Innern, Graf Posadowsky, „daß es außerordentlich bedenklich sei, sämmtliche Erwerbszweige Deutschlands polizeilich reglementiren zu wollen". Wir können nicht dahin kommen, daß schließlich jeder Gewerbetreibende sich Abends mit dem Polizisten zu Bette legen müßte und Morgens mit dem Polizisten wieder aufstehen würde." Die Bevölkerung (gemeint sind die liberalen Arbeitgeber) wolle von weiteren sozialen Gesetzen nichts mehr wissen, die Sozial-Reform falle ihr auf die Nerven, sie verlange Schonzeit. Was sollen demgegenüber alle Versicherungen besagen, die Staatsregierung wolle keinen Stillstand in der positven Förderung des Wohles der arbeitenden Klassen eintreten lassen, zumal sie, zur Rede gestellt, nichts Weiteres in Aussicht zu stellen wußte, als Erfüllung der „berechtigten Forderungen für die sittliche und körperliche Gesundheit der Arbeiter?"

Was dann das von den Arbeitern seit Jahrzehnten sehnlichst Verlangte, sich unter gesetzlichem Schutze zur Vertretung ihrer wirthschaftlichen Interessen usw. vereinigen zu können, anlangt, so will die Regierung davon heute gar nichts wissen. Sie ließ erklären, die Arbeiter hätten ja das Wahlrecht. Aber was sollen sie mit dem Wahlrecht allein ausrichten, wenn die Regierung weiteren sozialen Gesetzen doch nicht mehr zustimmen will?"

Weiter heißt es:

„Die kurzsichtigen Gegner der Sozialreform, die liberalen Unternehmer, die sich im Zentral-Verbande deutscher Industrieller, im Vereine zur Wahrung der wirthschaftlichen Interessen (der Arbeitgeber) in Rheinland und Westfalen gesammelt haben, die den Arbeitern aber das Recht zur Bildung von Gewerkvereinen zur Wahrung ihrer wirthschaftlichen Interessen hartnäckig nicht gönnen mögen, jubeln auf. Das, was Graf Posadowsky gesagt habe, so erklärte jüngst einer ihrer Wortführer, sei derselbe Standpunkt, den auch sie stets vertreten hätten, und daß ihn nunmehr die Staatsregierung (in einer Aenderung des sozialpolitischen Kurses) einnehme, sei um so erfreulicher, als von vielen Seiten durch Jahre langes Kokettiren und Liebäugeln mit der Sozialdemokratie und ihren „sozialen" Freunden (gemeint sind der frühere Minister v. Berlepsch, Staatssekretär v Rottenburg u. s. w.) genug Unheil in unserem Erwerbsleben gestiftet worden sei, das nur schwer wieder gut zu machen sei.

Kann man mehr Hohn über die kaiserliche Sozial-Reform ausgießen, wie hier die liberalen Unternehmer, die Träger des nationalen Gedankens, sich gestatten? Kann man die berechtigten Wünsche und Forderungen, die heißen Hoffnungen und Erwartungen unser auf die kaiserlichen Versprechungen bauenden Arbeiter ärger verspotten? **Kann man rücksichtslosere Klassenpolitik treiben?**

Leider haben auch die Konservativen und Freikonservativen dem Arbeiterschutz thatsächlich Absage geleistet. Die Konservativen können sich zwar nicht genug entrüsten, daß man ihnen, den Großgrundbesitzern, „Renten und Unternehmergewinn" durch höhere Getreidepreise, gemäß Antrag Kanitz, staatlicherseits noch nicht gewährleistet hat. Spricht man aber von der Besserung der Lage der Arbeiter, auch ihrer Landarbeiter u. s. w. durch Hülfe des Staates, dann wehren sie mit beiden Händen die „Begehrlichkeit und Vergnügungssucht" der Arbeiter ab und stimmen kräftig gegen alle Forderungen und Vorschläge."

Soweit das Zentrumsblatt.

Wie das Zentrum selbst sich zur Sozialreform stellt, ist freilich eine Frage für sich. Allzuweit in dieser Richtung gehen die katholischen Pastoren auch nicht. Den sozialdemokratischen Antrag auf Einführung des achtstündigen Normalarbeitstages haben sie bei der Verhandlung im Reichstage durch Zusatzanträge so weit abgeschwächt, daß die Debatte im Sande verlaufen war. Und so sind sie stets, wenn es zum Handeln kommt. Aber desto kennzeichnender ist das Zeugniß, welches sie der Regierung und den bürgerlichen Parteien ausstellen. Sind das nun auch „sozialdemokratische Wühlereien"?

Unsere Gegner kämpfen mit den schmutzigsten Mitteln: sie lügen und betrügen, und weil die Sozialdemokratie sie darauf festnagelt, verdächtigen und verleumden sie die sozialdemokratischen Führer und Agitatoren. Mit derselben Dreistigkeie, mit der sie sich in diesem Augenblick als eifrige Anhänger der Arbeiterschutzgesetzgebung gebärden, erklären sie, die Sozialdemokratie sei Gegnerin der sozialpolitischen Gesetzgeburg, obwohl sie sehr gut wissen, daß die Sozialdemokratie nicht bloß die weitgehendsten Forderungen der Arbeiterschutzgesetzgebung auf ihrem Programm hat, sondern auch am meisten mit Wort und That dafür eintritt. Die Regierung und die bürgerlichen Parteien haben längst auf die Sozialreform verzichtet und nur die Furcht vor der Sozialdemokratie hält sie zurück, dies offen einzugestehen.

Die Sozialdemokratie ist die einzige Beschützerin der Arbeiterschutzgesetzgebung.

Soziales und Partei-Leben.

Der internationale Formerkongreß. Der Kongreß wurde am Sonntag, den 29. Mai, im „Arbeiterhaus" zu Kopenhagen eröffnet. Vertreten waren Dänemark, Schweden, Norwegen, Deutschland, Frankreich, Oesterreich, Ungarn, zusammen mit 22 Delegirten. Holland und Belgien hatten Zustimmungserklärungen geschickt. Italien und England haben auf die Einladungen nicht geantwortet. Nach gründlicher Aussprache über gegenseitige Unterstützungen der im Streik und auf der Reise sich befindlichen Kollegen wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Da die im vorigen Jahre zwischen den Unternehmern und Arbeitern stattgefundenen Kämpfe den Beweis erbracht haben, daß auch die Gießereibesitzer Deutschland mit denen des Auslandes internationale Abmachungen getroffen haben und woraus zu sehen ist, daß in absehbarer Zeit der internationale Zusammenschluß des Unternehmerthums aller Länder sich vollziehen wird, erklärt der am 29. und 30. Mai 1898 in Kopenhagen im Volkshause tagende internationale Formerkongreß auch den Zusammenschluß der Former und Berufsgenossen aller Länder für nothwendig, und ersucht die Kollegen, über alle in ihren Ländern in Gießereien vorkommenden, die Interessen der Arbeiter berührenden Vorkommnisse dem internationalen Vertrauensmann der Former, Johann Suhr, Freihafensweg Nr. 16 in Kopenhagen, Bericht zu erstatten. Um eine schnelle präzise Berichterstattung in allen Ländern zu erzielen, spricht der Kongreß

Der Jude.

Deutsches Sittengemälde
aus der ersten Hälfte des fünfzehnten Jahrhunderts.
Von E. Spindler.

(53. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Habt Ihr denn nicht uns?" fragte Margarethe mit ängstlicher Freundlichkeit, und hob den Knaben, der sich herbei gemacht hatte, auf den Schoß des Gatten, dessen Nacken sie umschlang. „Bedürft Ihr, um glücklich und zufrieden zu sein, noch anderer Herzen, die Euch fremd geworden zu sein scheinen?"

„Nicht doch, geliebte Ehefrau!" betheuerte der gerührte alte Mann, den Buben und seine Gattin abwechselnd herzend und liebkosend, „nicht doch, herzliebes Söhnlein! Aber, wenn ich Euch gleich inniger im Busen trage, als die Vermißten, . . . sie sind doch auch meine Kinder; vorab der Dagobert, der die Freuden des Hausvaters dahinten lassen muß, um der Mutter zu einer fröhlichen Urständ zu helfen."

„Hier, sagt man, soll ich Herrn Diether finden?" fragte am Eingange des Gartens eine Stimme, welche Margarethen nicht fremd, ihrem Gatten eine liebe war.

„Wallrade!" riefen Beide überrascht, und Diethers wankende Kniee versagten dem Aufstehenden den Dienst. Indessen kam die Unerwartete und dennoch Ersehnte langsam und stolz herangeschritten, von Elsen begleitet, die ihr den Weg zu dem Elternpaare wies. „Wallrade! Tochter!" stammelte Diether unter Thränengüssen der Freude, die Arme weit öffnend.

„Willkommen! Fräulein," setzte die Stiefmutter hinzu, die Hand ihr reichend.

Aber weder in die Arme des Vaters sank die Tochter, noch ergriff sie die dargebotene Rechte. Einige Schritte von Diether entfernt, stand sie stille, warf einen durchdringenden Blick auf das Paar und schlug die Hände zusammen.

„Herrgott!" sprach sie in dem tiefen Tone, der nicht selten auf ein hartes Gemüth schließen läßt, „wie verändert finde ich Euch, Vater! Die letzten Jahre scheinen Euch nicht zugesagt zu haben!"

Diether überhörte diese Worte, bewegt von den Gefühlen, die das schwache Alter doppelt empfindet, aber Margarethe faßte sie auf, die wie ein kalter Hauch an ihr warmgewordenes Herz drangen.

„Die letzten Tage, wollt Ihr sagen, Fräulein!" erwiderte sie empfindlich, „die letzten Jahre waren gut, und von Eurer Kindlichkeit wird es abhängen, ob der heutige Tag ihnen gleichen soll. Euer Vater harrt noch immer der schicklichen Umarmung entgegen. Ich möchte Euch gewiß nicht gern umsonst darauf aufmerksam gemacht haben."

Wallrade näherte sich dem Vater, küßte seine Hand und Wange mit Förmlichkeit, und neigte sich steif vor Margarethen.

„O mein liebes Kind!" sprach Diether, der sie neben sich auf das Bänkchen niederzog, „wie erquickt mich dein Anblick. Ja, in Frauenherzen wohnt Versöhnlichkeit und der Funke der Liebe. Du, das verloren geachtete Kind, kehrst in's Vaterhaus zurück, während Sohn und Bruder ferne bleiben" — Wallrade zuckte leicht die Achseln und er wendete sich zu Margarethen mit den Worten: „Ehrsame Frau; wenn mich der Vater schon verloren achtete, . . . um wieviel strenger mag nicht Euer Urtheil über mich gelautet haben?"

„Ihr irrt," versetzte Margarethe ruhig, „was das heiße Blut der Jugend fühlte, steht den reiferen Jahren zu, wieder gut zu machen. Mein Herr liebt Euch, darum seid Ihr auch mir kein unlieber Gast."

„Wacker gesprochen, liebe Wirthin!" rief Diether, ihr entzückt die Hand entgegenstreckend, „Ihr seid eine Perle, wie sie wohl selten ein Greis in seinen Winterkranz flechten darf, und ich denke, Wallrade soll Euch bald innig befreundet sein. Umhalst Euch vor meinen Augen. Das letzte widerstrebende Gefühl versinke in der freundlichen Annäherung. — So, und nun, meine wiedergefundene Tochter, küsse auch deinen Bruder, den kleinen muthwilligen Johann, die Wonne meiner alten Tage."

Wallrade sah sich mit verdüstertem Antlitz nach dem Jungen um, der, wie Margarethe erst jetzt bemerkte, sich hinter die Bank und die Gewänder der Mutter verkrochen hatte.

„Johann, wo steckst du?" fragte Diether liebreich, „komm, umarme deine Schwester!"

„Ei, du einfältiger Bube," ermahnte Margarethe den Weigernden, „was muß denn Schwester Wallrade von dir denken? Du bist ja kein Ungeheuer, das sich nicht am Tage sehen lassen darf. Komm! komm doch!"

Sie zog den schüchternen Buben, der sich aus allen Kräften sträubte, mit Gewalt herbei, und erschrak jetzo selbst über die Blässe, die sein Gesicht überzogen hatte. Aengstlich gebückt, mit niedergeschlagenen Augen, stand der Kleine da, als hätte er ein Verbrechen begangen. Nichts konnte ihn bewegen, der Fremden nur einen Blick, eine Silbe zu schenken. Diese Scheu, welche Diether und Margarethe sich nicht enträthseln konnten, machte augenscheinlich den widrigsten Eindruck auf Wallraden. Sie stand auf, — zweifelhaft, ob sie ihr Gesicht dem Knaben zuwenden, oder es von ihm kehren sollte. Ihre Augen brannten, ihr Mund zuckte und ihre gespannten Züge drückten die Leidenschaftlichkeit aus, die ihre Brust beseelte. Ihren Unmuth mühsam bemeisternd, wies sie des Knaben Hand schweigend von sich, als die Mutter, in deren Arme er sich geflüchtet hatte, ihn bewog, ihr die widerstrebende zu überlassen.

Zugleich zog sie den Schleier über ihre Stirn und ihre Augen.

„Da das Herrlein meinen Anblick unerträglich findet," — sprach sie mit angegriffener Stimme, — „so thue ich am Besten, wenn ich ihm das unwillkommene Gesicht entziehe."

Wirklich schien es auch, als ob der Knabe sich begütigen wolle, denn seine Aengstlichkeit verlor sich nun so ziemlich und er heftete dann und wann die blauen Augen staunend auf das reiche hellfarbige Gewand Wallradens,

den Wunsch aus, daß der Vertrauensmann die eingelaufenen Berichte zunächst in den in Kopenhagen täglich erscheinenden „Sozialdemokraten“ zu veröffentlichen und dann an alle bekannten Adressen des Auslandes unverzüglich zu befördern, gleichzeitig mit dem Ersuchen, dieselben sofort, nicht nur allein in die am Orte erscheinende Arbeiter-Presse, sondern auch in das Zentral-Organ der sozialdemokratischen Partei jeden Landes einrücken zu lassen. Der Kongreß spricht die Erwartung aus, daß die politische sowie gewerkschaftliche Arbeiter-Presse aller Länder der organisirten internationalen Formerschaft in ihrem Bestreben, eine möglichst schnelle Berichterstattung zu erzielen, in ausgiebigster Weise unterstützen wird.

In Bezug auf die Unterstützung kämpfender Kollegen fordert der Kongreß die Former-Organisationen aller Länder auf, gleich nach Ausbruch eines jeden, größere Dimensionen annehmenden Kampfes mit den Sammlungen zu beginnen und alle eingegangenen Gelder sofort und ohne Verzug an das Streik-Komitee einzusenden. Das Streik-Komitee ist gehalten, über den Verlauf des Streiks fortlaufende Situationsberichte einzusenden, welche an die Berufs-Organisationen aller Länder unverzüglich übermittelt werden müssen. Die organisirten Kollegen sind verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, daß der Zuzug aus ihren Ländern nach dem Streikgebiete ferngehalten wird.

Zum Schlusse fordert der Kongreß alle klassenbewußten Kollegen auf, ihr Solidaritätsgefühl der internationalen Arbeiterschaft gegenüber auf das ausgiebigste zu bethätigen.“

Die Baumwollenweber in Horsens (Jütland) sind in Ausstand getreten. Der Präsident des Verbandes der Textilarbeiter in Dänemark ersucht die deutschen Arbeiter, Zuzug nach dem Orte des Ausstandes unbedingt fernzuhalten.

Aus Nah und Fern.

Berlin. Der Mechaniker Paul Koschemann, der die ihm wegen des geplanten Höllenmaschinen-Attentats auf den Polizeioberst Krause auferlegte Zuchthausstrafe in der Strafanstalt Sonnenburg verbüßt, behauptet noch immer seine Unschuld. Erst neuerdings ist wieder von ihm ein langer Brief aus dem Zuchthause an den Vertheidiger, R.-A. Dr. Schöpp, gelangt, in welchem dieser unter Beifügung umfangreichen Informationsmaterials die dringende Bitte ausspricht, Alles daran zu setzen, um das Wiederaufnahmeverfahren durchzusetzen und gegen den Hauptbelastungszeugen Brede, sowie andere Personen ein Strafverfahren wegen Meineids in die Wege zu leiten. Der Brief schließt mit den Worten: „In die Lage eines unschuldig Verurtheilten kann sich nicht leicht Jemand versetzen; mich hält nur das gute Gewissen noch aufrecht.“ Hierzu ist zu bemerken, daß ein Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens sowohl vom Landgericht als vom Kammergericht abgelehnt und auch die von Koschemann gegen Brede erstattete Meineidsanzeige zurückgewiesen worden ist.

Die Cigarre als Diebesfalle. Im Bureau einer Berliner großen Versicherungsgesellschaft waren schon längere Zeit fortgesetzt kleine Diebstähle verübt worden, ohne daß es gelingen wollte, dem Thäter auf die Spur zu kommen. In der Garderobe wurden aus den Ueberziehern der Angestellten Cigarren und das Nickelgeld aus der sogen. Billettasche entwendet. Da man nach der Lage des Raumes einen Aufpasser nicht hinstellen konnte, ohne zugleich den Dieb zu warnen, so sann man hin und her, um ein anderes Mittel zu finden, den Langfinger zu fangen. Endlich wußte ein Arzt ein sehr einfaches und praktisches Mittel anzugeben. Auf seinen Rath ließ man eine ganze Anzahl Cigarren anfertigen, deren Wickel man an der Spitze mit einem harmlosen Anilinpulver bestreute, bevor das Deckblatt herumgelegt wurde. In die Taschen eines jeden Ueberziehers wurden einige von diesen Cigarren hineingesteckt und schon am selben Abend waren wieder einige Taschen leer. Am nächsten Morgen wurden die beiden Personen, auf die sich ein gewisser Verdacht gelenkt hatte, auf ihre Lippen genau angesehen. Wer von den besonders zubereiteten Cigarren geraucht hatte, mußte blaue Lippen haben. Das war zwar nun bei keinem von beiden der Fall, jedoch waren die Lippen des einen Verdächtigen stark aufgedunsen. Auf die Frage, wie er dazu komme, gab der Mann an, daß er an einer Mundkrankheit leide. Daraufhin schickte man ihn zu dem Arzte, der das Mittel angegeben hatte. Dieser untersuchte ihn genau und fand, daß er die Lippen und die Mundhöhle mit einer ätzenden Flüssigkeit stark gerieben hatte. Von der Anilinfarbe selbst war keine Spur mehr vorhanden. Der Pförtner konnte bekunden, daß der Mann sich von ihm Atzmittel habe geben lassen. Von einer Anzeige hat man Abstand genommen.

Insterburg. Ein Renkontre zwischen Offizieren und Civilisten hat sich, wie nachträglich bekannt wird, während der Pfingstfeiertage hier zugetragen. Die Darstellungen des Vorfalles weichen jedoch gegenwärtig noch erheblich von einander ab, so daß man die definitive Feststellung des Sachverhalts dem gerichtlichen Verfahren zu überlassen hat. Die Affaire soll sich etwa wie folgt abgespielt haben: In der Nacht zum zweiten Feiertag stießen auf dem Neuen Markt die Lieutenants Sch. und P. mit dem Handlungsgehilfen W. und dem Drogisten A. zusammen. Dieser Zusammenstoß soll angeblich daher gekommen sein, daß sich die Civilisten durch das Benehmen der Offiziere bei einer Veranstaltung anläßlich eines Litthauischen Musikfestes in Tivoli daselbst verletzt gefühlt haben. W. ersuchte nun, nachdem er sich selbst vorgestellt, einen der Offiziere um Nennung seines Namens. Diese Aufforderung soll angeblich in so provozirender Weise erfolgt sein, daß Lieutenant Sch. seinen Degen zog und dem W. einen so heftigen Hieb über den Kopf versetzte, daß dieser besinnungslos zu Boden fiel. Nun stürzte sich der Drogist A. auf den Lieutenant und warf ihn im Ringen zur Erde. Nach diesem Vorfalle, der begreiflicherweise eine Menge Neugieriger herbeigelockt, begaben sich die Offiziere in ein in der Linden-Straße gelegenes Restaurant, wohin ihnen bald darauf A. und etwas später auch W., der sich inzwischen wieder erholt hatte und verbunden worden war, folgten. Hier kam es abermals zu argen Sticheleien zwischen den Parteien. Als sich Lieutenant Sch. einen Augenblick entfernt hatte und nach dem Korridor gegangen war, um, wie man sagt, seinen Degen auf einer Thürschwelle zu schärfen, wurde er von einem aus Augsburg gebürtigen Gaste aus dem Korridor hinausgedrängt. Als bald darauf ein anderer junger Mann den Korridor passirte, hielt Lieutenant Sch. diesen für denjenigen, der ihn hinausgedrängt hatte, denn er schlug mit dem Degen auf den jungen Mann ein. Der Civilist entriß hierauf dem Offizier die Waffe und soll damit den Eigenthümer derselben blutig geschlagen haben, worauf der Civilist die Waffe zu zerbrechen suchte, was ihm aber nicht gelang. Der Degen war stark krumm gebogen und wurde in diesem Zustand von dem Civilisten fortgeworfen. Da sich inzwischen der Streit auch in das Lokal fortgepflanzt hatte und die Situation für die beiden Offiziere bedrohlich erschien, ließ ein dort anwesender Offizier durch einen Garde-Jäger eine Patrouille mit scharfen Patronen herbeirufen, während der Wirth des Lokals sämmtliche Gäste, mit Ausnahme der beiden Offiziere, zum Verlassen desselben aufforderte. Als die Patrouille angekommen war, verließen auch die Offiziere das Lokal, vor welchem sich eine größere Menschenmenge angesammelt hatte. Hierauf kommandirte Lieutenant Sch.: „Fällt das Gewehr! Scharf geladen!“ In diesem kritischen Moment trat jedoch der ebenfalls anwesende Polizeisergeant Kuprath an den Offizier heran und machte ihn darauf aufmerksam, daß man sich hier auf offener Straße befinde und er nicht das Recht habe, scharf laden zu lassen. Der Offizier ließ darauf drei Gewehre wieder entladen und er und seine Kameraden entfernten sich unter dem Schutze der Patrouille, gefolgt vom Publikum. Den zuständigen Behörden ist Anzeige erstattet und ist bereits Untersuchung angeordnet.

Heilig ist die Ehe der Bourgeoisie. In den „Grf. Bl.“ stand kürzlich folgende geschmackvolle Annonce: „Meine Frau Bertha, geb. B . . ., ist mir vor vier Wochen verloren gegangen; wer sie findet, kann sie für immer behalten und erhält noch eine Abfindungssumme von 500 Mk. B., den 13. Mai 1898. Julius K . . ., Bürstenmacher.

Barmen. Vom Erziehungsfug. Der „Frankf. Zeitung“ wird geschrieben: In dem benachbarten Städtchen Ohligs hat der vormalige Gastwirth Giersberg dem Bürgermeister Trommershausen und dem Stadtverordneten Kissing, die sich in einer Stadtrathssitzung kritische Bemerkungen über die Verwaltung des Gaswerkes erlaubt hatten, eine Forderung auf krumme Säbel zugehen lassen, die aber von den Beiden dankend abgelehnt wurde. Es wird immer „döller.“

Karlsruhe. Eine nette Blüthe muckerischer Gimpelfängerei befindet sich in dem Hauptorgan der süddeutschen Konservativen der „Südd. Landpost.“ Das Blatt schreibt:

„Es ist die Pflicht eines jeden Christen, daß er von seinem Wahlrecht Gebrauch macht, und jeder wird für die etwaige Unterlassung dieser guten That Gott Rechenschaft geben müssen; ebenso wie sie Rechenschaft vor dem allmächtigen Richter werden geben müssen, wenn sie aus Furcht vor beschnittenen und unbeschnittenen Semiten statt die auf christlichen Standpunkte stehende „Landpost“ ein antichristliches freisinniges Blatt lesen. Zu bedauern ist, daß Schreiber dieses auch einige Geistliche kennt, die von dieser Furcht nicht frei sind. Wir Konservative sind Deutsche und fürchten daher niemand als unsern lieben Gott.“

Wie dunkel muß es in jenen Gegenden aussehen, in denen die Reaktion es noch unternehmen kann, solche Sprenkel für die Drosseln zu legen! Was sagen übrigens, bemerkt die „B. V.“, unsere Frommen im Lande zu der Hineinziehung des lieben Gottes in den Wahlkampf und zu der Verwendung seines Namens für Abonnentenacquisitions-Geschäfte?

Ueber einen angeblichen deutsch-französischen Zwischenfall berichtet ein Pariser Blatt. Danach marschirten 22 deutsche Soldaten in der Nähe von Mars-la-Tour über die Grenze, als zwei französische Zollwächter ihnen zuriefen: „Zurück, Ihr befindet Euch auf französischem Boden!“ Darauf hätte ein deutscher Soldat seinen Säbel gezogen, ein Zollwächter aber habe ihm seinen Revolver entgegen gehalten und gerufen: „Einen Schritt weiter und ich zerschmettere Dir die Hirnschale!“ Einem deutschen Soldaten soll zur Beglaubigung dieses Zwischenfalles die Mütze entrissen worden sein. Die Soldaten seien dann ohne Reklamation weiter marschirt.

Ein Heringsmuseum soll auf Anregung von Professor O. Pettersons in Gothenburg, dem „nordischen Hamburg“, errichtet werden und in Verbindung damit eine Sammlung von Plankton aus allen Meeresgegenden. Es werden zu diesem Zwecke drei Expeditionen nach den verschiedenen Meeren ausgerüstet. Die zur Begründung des Museums erforderlichen Mittel sind zum Theil durch private Mittel gesichert.

---

und auf ihre mit blitzenden Ringen gezierten Finger. Auf alle Fragen, Ermahnungen und tadelnden Reden der Eltern erwiderte er nichts, jedoch in demselben Augenblicke, als man ihn zu vermögen gedachte, zwischen Margarethen und Wallraden niederzusitzen, erstand wieder die vorige Furchtsamkeit in ihm, und er suchte abermals in Margarethens Schoß Zuflucht, wie vor einer drohenden Gefahr.

„Man hat dem Buben ohne Zweifel angenehme Dinge von mir berichtet“, begann Wallrade in beleidigtem Stolze, „wenn ihm die Schwester als ein Schreckgespenst geschildert wurde, so muß er sie freilich fliehen, wie die Spinne.“

„Ei“, erwiderte Diether: „das hat meine Hausfrau sicherlich nicht gethan, darauf wollte ich einen heiligen Eid schwören.“

„Mein werther Herr dürfte es auch“, bekräftigte Margarethe mit gesteigerter Empfindlichkeit. „Der Knabe hörte kaum des Fräuleins Namen nennen. Ich wollte wetten, er hat vergessen, daß er eine Schwester hat. Unerwartet kam ihm daher der Anblick, wenn wir nicht annehmen wollten“, — setzte sie wie im Scherz hinzu, obgleich der Ernst hinter ihrem Lächeln lauerte, — „daß Kinder eine richtigere Ahnung haben, als die Erwachsenen, ob man sie von Herzen liebt, oder ihnen nur des Herkommens wegen Liebkosungen erweist.“

„Das letztere möchte sein,“ entgegnete Wallrade rasch und kalt: „Ich muß bekennen, daß ich die Kinder dieses Alters nicht liebe, wären sie auch die Söhne meiner werthen Stiefmutter. Die Tölpelhaftigkeit des Buben ist mir in der Seele zuwider, und ich werde es als ein Zeichen Eurer aufrichtigen Freundschaft ansehen, ehrsame Frau, wenn Ihr, mir, so oft ich des Vaters Haus besuche, den Anblick des ungeberdigen Stiefbrüderleins erspart.“

„Soll gerne geschehen, verlaßt Euch darauf“, versetzte Margarethe gekränkt, und beschäftigte sich damit, die Haare des kleinen Hans unter dem Sonnenhütlein zu ordnen, das sie ihm aufsetzte, — damit ein Zeichen zum Aufbruch gebend.

„Das wird ja alles werden“, sprach Diether begütigend: „was läßt mich aber Deine Rede muthmaßen, liebe Wallrade? Du gedenkst nicht zu wohnen in meinem Hause?“

„Nein, mein Vater!“ antwortete das Mädchen bestimmt: „Ich bin seit langem gewöhnt, in meiner Behausung Herr zu sein, und meine Gewohnheiten könnten Eurer Ehefrau lästig sein, so wie mir vielleicht Eure Hausordnung. Daher hab ich's für gut erachtet, in der Herberge zum Einhorn abzutreten. Dadurch erspare ich uns allen manche Unannehmlichkeiten, die um so überflüssiger ist, als mein Aufenthalt zu Frankfurt nur von kurzer Dauer sein kann.“

Diether wollte sein Bedauern nicht verhehlen, und der Tochter in Güte zureden, aber Margarethe unterbrach ihn schnell.

„Es sei fern von uns“, sagte sie hitzig: „des Fräuleins Willen beschränken zu wollen, und darum geschehe nach ihrem Wunsche, aber die Freude, Euch an unserm Tische zu bewirthen, werdet Ihr dem Vater doch nicht versagen? Der arme, kleine, ungeberdige und tölpelhafte Johann soll nie durch seine Gegenwart stören.“

„Ihr verbindet mich immer mehr, gute Frau“, sagte Wallrade in gleichem Tone, „und damit Ihr von meiner Bereitwilligkeit überzeugt werdet, so fordere ich Euch selbst auf, nach der Stadt zurückzukehren. An meines Vaters Seite sitzend, will ich ihm vom Ohm erzählen, der ihn zärtlich grüßen läßt.“

„Gruß ersetzt wohl bei Tafelfreuden die Einkehr;“ entgegnete Diether seufzend, und, zum Weggehen fertig, sich auf Wallradens Arm stützend: „aber wehe thut mir's doch, daß er nicht selber kam, und daß Dagobert ausbleibt, auf dessen treuen Kindessinn ich Felsen gebaut hätte“

„Von Dagobert laßt mich schweigen;“ äußerte Wallrade mit geheuchelter Bekümmerniß, und war aber im Augenblicke, auf die Aufforderung der väterlichen Besorgniß, bereit, dies Schweigen zu brechen. Mit dem alten Diether vorausgehend, entwarf sie dem ängstlich Zuhörenden ein mit hämischer Bemühung ausgemaltes Truggemälde von Dagoberts Lebenswandel in Costnitz, und führte den Pinsel so gut, daß der Vater in dem Verleumdeten bald den verlorenen Sohn beweinte.

Während dieser Einflüsterungen ging in beträchtlicher Entfernung hinter Vater und Tochter Frau Margarethe, den Knaben an der Hand, nachdem sie Elsen voraus zur Stadt geschickt, um zu einem erweiterten Mittagsmahl Anstalten zu treffen. Die Art und Weise, wie die ungeliebte Wallrade trotz ihrer Schroffheit sich im ersten Augenblicke des Vertrauens des Vaters bemächtigte, mit geringschätzender Hintansetzung der Gattin desselben — die Kränkungen, die Wallrade mit freigebiger Hand an die Stiefmutter und den Knaben gespendet, griffen hart und böse an das reizbare Herz der stolzen Leuenbergerin. Indes beruhigte sich Margarethe mit dem Gedanken, daß nicht allein sie selbst der Widersacherin Wermuth zu kosten gegeben, sondern daß der Knabe sogar durch seine deutlich ausgesprochene Abneigung der Gegnerin Stolz verletzt habe. Von dieser kleinen Vergeltung erfreut, bückte sie sich mit größerer Freundlichkeit, als sie sonst wohl dem Knaben zuwendete — zu demselben hinab, und streichelte seine Wangen. „Du bist ein wackrer Bube:“ sprach sie belobend zu ihm: „ich habe dich lieb vor allen, wenn du gegen Wallraden ferner dich beträgst, wie heute. Willst du?“ — „Was du befiehlst, Mutter;“ erwiderte der Knabe freundlich.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: August Kasch. Verleger: Theod. Schwartz. Druck von Friedr. Meyer & Co., sämmtliche in Lübeck.